

## Sonderomnibusförderung 2021 – Anlage 3 zum Förderantrag

Erklärungen nach der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“

<b>Antragsteller/ in</b>   genaue und vollständige <b>Firmenbezeichnung</b> (inkl. Rechtsform und Inhaberschaft z.B. e. Kfm. / Inh., GmbH & Co. KG, GmbH, KG, GbR,) und <b>Anschrift</b>	<b>Handelsregisternummer:</b>  Der Unternehmensstandort liegt in folgender <b>NUTS-2-Region<sup>1</sup>:</b>
---	--

### 1. Einführung/ Grundlagen

Mit der „Sonderomnibusförderung 2021“ erhalten Sie eine Beihilfe im Sinne des EU-Beihilfenrechts. Die „Sonderomnibusförderung 2021“ gewährt Beihilfen im Rahmen der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ in der aktuell gültigen Fassung<sup>2</sup>.

Die „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ wurde auf der Grundlage des „Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19“ (C(2020) 1863 final vom 19.03.2020) von der Europäischen Kommission für Deutschland genehmigt. Damit unterstützt die Kommission Mitgliedsstaaten durch beihilferechtliche Erleichterungen bei der Bekämpfung der negativen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Am 28.01.2021 hat die Europäische Kommission eine weitere Verlängerung und Erweiterung des befristeten Rahmens beschlossen. In diesem Rahmen gilt aktuell die „Vierte Geänderte Regelung zur vorübergehenden Gewährung geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19“ („**Vierte Geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020**“) vom 12.02.2021.

Zu Ihrer Information liegt die „Vierte Geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ den Antragsunterlagen bei.

Jede beihilferechtliche Regelung bestimmt eine Obergrenze. Erhält ein Unternehmen / eine Unternehmensgruppe mehrere Beihilfen von einer oder mehreren beihilfegewährenden Stellen (z.B. Zuschüsse, Garantien, Förderdarlehen), so muss sichergestellt werden, dass diese Beihilfen addiert werden dürfen und dass bei Addition aller gewährten Beihilfen (**Kumulierung**) die gemäß den Beihilferegelungen zulässige Beihilfeobergrenze nicht überschritten wird. Sofern das antragstellende Unternehmen zu einer Unternehmensgruppe gehört, sind die beihilferechtlichen Kumulierungsregelungen in Bezug auf die gesamte Unternehmensgruppe einzuhalten. Der Höchstbetrag gilt folglich für alle verbundenen Unternehmen gemeinsam und Beihilfen an ein Unternehmen reduzieren den Förderspielraum für die anderen Unternehmen.

Als **Unternehmensgruppe** gilt für die Zwecke dieser Kumulierungserklärung die Definition in Artikel 3 Absatz 3 des Anhang I zur Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014, sog. „AGVO“ (siehe weitere Erläuterungen/ Definitionen unter Ziffer 5).

Nach der „Vierten Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ dürfen alle dem Unternehmen/ der Unternehmensgruppe im Zeitraum vom 19.03.2020 bis 31.12.2021 gewährten Kleinbeihilfen den **maximal zulässigen Höchstbetrag von 1.800.000,00 €** nicht übersteigen.

<sup>1</sup> Die Regionen sind die räumlichen Bezugseinheiten für die Statistiken in der EU; In Niedersachsen gibt es die Regionen Braunschweig, Lüneburg, Hannover und Weser/ Ems (Informationen unter <https://de.wikipedia.org/wiki/NUTS:DE>); Handelsregister Nr., Region und Einordnung als KMU (Ziffer 3) werden für die Meldepflichten nach der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ und die statistische Erfassung benötigt.

<sup>2</sup> Es wird im Sonderprogramm keine Beihilfe im Rahmen der de-minimis-Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 bewilligt.

Um die Einhaltung des geltenden Höchstbetrages sicherzustellen, sind in dieser Erklärung zwingend **alle Beihilfen** anzugeben, die Ihrem Unternehmen / Ihrer Unternehmensgruppe **auf Grundlage der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“** (in allen Fassungen) seit dem 19.03.2020 gewährt wurden bzw. die Sie/ die Unternehmensgruppe auf dieser Grundlage beantragt haben. Sie müssen dazu ggf. Informationen von den verbundenen Unternehmen anfordern.

Es ist unerheblich, für welche Zwecke bzw. förderfähigen Kosten die Kleinbeihilfen bestimmt sind und von welchen Stellen sie gewährt werden. Aufzulisten sind z.B. weitere Kleinbeihilfen anderer Zuwendungsgeber für die beantragten Busbeschaffungen und z.B. auch Beihilfen zur Kompensation von pandemiebedingten Defiziten, die von Seiten der ÖPNV-Aufgabenträger im Rahmen des sog. „ÖPNV-Rettungsschirms“ auf Basis der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ einem verbundenen Unternehmen gewährt bzw. dort beantragt wurden.

Daneben sind die erhaltenen bzw. beantragten Beihilfen aufzulisten, die auf Regelungen beruhen, die auf den „Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19“ zurückzuführen sind, wenn diese kumuliert und auf den Höchstbetrag nach der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ angerechnet werden. Dasselbe gilt für „reguläre“ Beihilfen nach der AGVO, den Freistellungs- und de-minimis-Verordnungen. Hinsichtlich der Kumulierung/ Anrechnung dieser Beihilfen sind die Bestimmungen in den EU-Verordnungen, (Bundes)Regelungen sowie in den danach ausgerichteten einzelnen Förder- und Hilfefprogrammen entscheidend.

Die Kumulierung der Kleinbeihilfe aus der „Sonderomnibusförderung 2021“ mit weiteren Beihilfen für dieselben Fahrzeuge und förderfähigen Kosten von anderen Stellen nach den „regulären“ Beihilfebestimmungen ohne Pandemiebezug (insb. der AGVO oder der de-minimis-Verordnung) ist möglich, sofern die Vorgaben dieser Regelungen eingehalten werden.

Im Grundsatz gilt hierzu, dass Beihilfen für dasselbe Investitionsvorhaben, für dieselben förderfähigen Kosten, zu addieren sind und auf die jeweils höchste in dem Einzelfall einschlägige Beihilfeobergrenze angerechnet werden<sup>3</sup>.

Die Frage, ob und wie weit die Beihilfen anderer Stellen den Förderspielraum der „Sonderomnibusförderung 2021“ aus der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ schmälern, kann dahinstehen, wenn auch im Falle einer Anrechnung der verbleibende Höchstbetrag für Ihre Pläne ausreicht. Verbleiben Zweifel hinsichtlich der Eintragungspflicht einer Beihilfe, so nehmen Sie den Betrag unter Ziffer 4 mit auf.

Sollte die beihilferechtliche Grundlage einer Leistung bzw. deren Kumulierung mit der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ für die Bewilligung der „Sonderomnibusförderung 2021“ entscheidungsrelevant sein, so ist von der gewährenden Stelle die Information zu erfragen bzw. sich rechtlicher Rat zu suchen.

Die LNVG kann neben den Erklärungen in diesem Formular, weitere Informationen, Belege oder Bestätigungen verlangen.

### Hinweis zur Veröffentlichung

Gemäß § 4 Absatz 4 der „Vierten Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ ist die LNVG dazu verpflichtet, alle relevanten Informationen über gewährte Einzelbeihilfen von über 100.000 € auf einer Beihilfenwebsite zu veröffentlichen.

---

<sup>3</sup> Beispiel: Sie beantragen bei der LNVG eine 40%ige Bezuschussung des Buskaufpreises nach der Kleinbeihilfenregelung (max. 1,8 Mio. €) und parallel weitere 20 % des Preises von einem Dritten nach der de-minimis-VO (Höchstbetrag 200 T €). Da beide Beihilfen dieselben förderfähigen Kosten finanzieren, muss kumuliert werden. Dabei gilt für die Maßnahme der höhere Maximalbetrag der Kleinbeihilfenregelung. Die de-minimis-Beihilfe wäre hier anzurechnen und in dieser Anlage aufzulisten.

Eine bereits bewilligte **LNVG-Busförderung nach der de-minimis-Verordnung** (EU) Nr. 1407/2013 für andere Busse (z.B. ein Bescheid aus dem Jahr 2020) ist für die Berechnung nach der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ nicht relevant und wird hier nicht eingetragen, da es sich um unterschiedliche Investitionsvorhaben handelt.

## **2. Erklärung zu verbundenen Unternehmen**

Hiermit erkläre(n) ich/ wir, dass mein/ unser Unternehmen zusammen mit

☐ **keinem**

☐ **folgenden/ folgendem Unternehmen** eine Gruppe „verbundener Unternehmen“ i. S. v. Artikel 3 Absatz 3 des Anhang I der AGVO bildet:

Verbundene(s) Unternehmen (vollständiger Name samt Rechtsform)	Anschrift

Bei mehr als vier verbundenen Unternehmen ist eine separate Liste zu erstellen.

Die LNVG kann zur Veranschaulichung der Verbindungen (Eigentumsverhältnisse und Kontrollbeziehungen) weitere Informationen und Nachweise verlangen.

## **3. Der Antragsteller/ die Gruppe verbundener Unternehmen**

☐ **ist ein kleines/ mittleres Unternehmen (KMU<sup>4</sup>)**

☐ **ist kein KMU.**

## **4. Erklärung über erhaltene/ beantragte Beihilfen**

Ich/ Wir erkläre(n), dass ich/ wir bzw. das Unternehmen bzw. die gesamte Unternehmensgruppe

☐ **keine**

☐ **die nachfolgend unter Ziffern 4.1. und/ oder 4.2. aufgelisteten**

**anzurechnenden Beihilfen im Sinne von § 2 Absatz 2 der „Vierten Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“<sup>5</sup> sowie deren Vorgängerregelungen erhalten und beantragt haben.**

<sup>4</sup> Ein **KMU** hat höchstens 250 Beschäftigte und entweder einen Umsatz bis zu 50 Mio. €/ Jahr oder eine Bilanzsumme bis zu 43 Mio. €. Es ist hinsichtlich der Kriterien gleichfalls auf die **Unternehmensgruppe** abzustellen.

<sup>5</sup> Beihilfen in Form von direkten Zuschüssen, Steuervorteilen oder Vergünstigungen in Bezug auf andere Zahlungen, rückzahlbaren Vorschüssen, Darlehen, mezzaninen Finanzierungen, Bürgschaften, Rückbürgschaften, Garantien und Rückgarantien, Eigenkapital.

#### 4.1 Erhaltene Beihilfen des Unternehmens / der Unternehmensgruppe

Lfd. Nr.	Beihilferechtliche Grundlage (z.B. Bundesregelung Kleinbeihilfen, AGVO, de-minimis)	Förder- bzw. Hilfeprogramm <u>und</u> Art der Beihilfe (z.B. ÖPNV-Rettungsschirm / direkter Zuschuss, Darlehen etc.)	Datum der Bewilligung/ Zusage	Beihilfegeber/ Aktenzeichen	Beihilfewert in €
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
<b>Summe der erhaltenen Beihilfen:</b>					

#### 4.2. Beantragte/ erwartete Beihilfen (inklusive der hier beantragten Sonderomnibusförderung 2021)

Lfd. Nr.	Beihilferechtliche Grundlage (z.B. Bundesregelung Kleinbeihilfen, AGVO, de-minimis)	Förder- bzw. Hilfeprogramm <u>und</u> Art der Beihilfe (z.B. ÖPNV-Rettungsschirm / direkter Zuschuss, Darlehen etc.)	Beihilfegeber / Aktenzeichen	Beihilfewert in €
1				
2				
3				
4				
<b>Summe der beantragten/ erwarteten Beihilfen:</b>				

<b>Gesamtsumme der erhaltenen (4.1) und beantragten/ erwarteten (4.2) Beihilfen:</b>	
--	--

**Sollte der Platz in den Tabellen nicht ausreichen, sind zwei separate Tabellen nach diesem Schema zu erstellen und der Anlage 3 beizufügen.**

## **5. Weitere Erläuterungen/ Definitionen**

### **5.1 Verbundene Unternehmen**

Artikel 3 Absatz 3 des Anhang I der AGVO lautet:

*„„Verbundene Unternehmen“ sind Unternehmen, die zueinander in einer der folgenden Beziehungen stehen:*

- a) ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens;*
- b) ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzurufen;*
- c) ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben;*
- d) ein Unternehmen, das Aktionär oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Aktionären oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Aktionären oder Gesellschaftern aus.*

*Es besteht die Vermutung, dass kein beherrschender Einfluss ausgeübt wird, sofern sich die in Absatz 2 Unterabsatz 2 genannten Investoren<sup>6</sup> nicht direkt oder indirekt in die Verwaltung des betroffenen Unternehmens einmischen — unbeschadet der Rechte, die sie in ihrer Eigenschaft als Aktionäre oder Gesellschafter besitzen.*

*Unternehmen, die durch ein oder mehrere andere Unternehmen oder einen der in Absatz 2 genannten Investoren untereinander in einer der in Unterabsatz 1 genannten Beziehungen stehen, gelten ebenfalls als verbunden.*

*Unternehmen, die durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen miteinander in einer dieser Beziehungen stehen, gelten gleichermaßen als verbundene Unternehmen, sofern diese Unternehmen ganz oder teilweise auf demselben Markt oder auf benachbarten Märkten tätig sind.*

*Als „benachbarter Markt“ gilt der Markt für eine Ware oder eine Dienstleistung, der dem betreffenden Markt unmittelbar vor- oder nachgeschaltet ist.“*

**Hinweis:** Anders als bei der Ihnen ggf. bekannten LNVG-Busförderung im Rahmen der de-minimis-Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 **werden bei der „Sonderomnibusförderung 2021“ Verbindungen über natürliche Personen hergestellt**, d.h. es müssen ggf. mehr Unternehmen aufgelistet und bei der Beihilfenanrechnung einbezogen werden als in der de-minimis-Erklärung des LNVG-Busförderprogramms. Wenn eine Person z.B. Mehrheitsgesellschafter mehrerer GmbHs ist (die ansonsten nicht über Drittgesellschaften verflochten sind) wird folglich vermutet, dass ein verbundenes Unternehmen vorliegt.

---

<sup>6</sup> a) staatliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften, natürliche Personen bzw. Gruppen natürlicher Personen, die regelmäßig im Bereich der Risikokapitalinvestition tätig sind („Business Angels“) und die Eigenkapital in nicht börsennotierte Unternehmen investieren, sofern der Gesamtbetrag der Investition der genannten „Business Angels“ in ein und dasselbe Unternehmen 1.250.000 EUR nicht überschreitet;

b) Universitäten oder Forschungszentren ohne Gewinnzweck;

c) institutionelle Investoren einschließlich regionaler Entwicklungsfonds;

d) autonome Gebietskörperschaften mit einem Jahreshaushalt von weniger als 10 Mio. EUR und weniger als 5.000 Einwohnern.

## 5.2 Unternehmen in Schwierigkeiten

Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen, die **bereits zum 31.12.2019** als „Unternehmen in Schwierigkeiten“ (UiS) gemäß Artikel 2 Absatz 18 AGVO galten. In diesem Formular ist eine Erklärung abzugeben, dass es sich beim Antragsteller nicht um ein Unternehmen in Schwierigkeiten handelt. Die folgenden Ausführungen sollen Ihnen helfen, diese Erklärung wahrheitsgemäß abzugeben.

„Unternehmen in Schwierigkeiten“ sind Unternehmen, auf welche mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:

a. Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung: Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht. Der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ bezieht sich insbesondere auf die in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.

b. Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften: Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Der Begriff „Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften“ bezieht sich insbesondere auf die in Anhang II der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen.

c. Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.

d. Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen bzw. das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.

Es gelten **Lockerungen** der Regelungen bzgl. „Unternehmen in Schwierigkeiten“ **für kleine Unternehmen**<sup>7</sup>. Die bislang generell geltende Vorgabe, dass nur Unternehmen antragsberechtigt sind, die zum 31.12.2019 gemäß EU-Definition nicht in Schwierigkeiten waren, wird um eine Ausnahmeregelung für kleine Unternehmen gemäß EU-Definition wie folgt erleichtert: Diese können Kleinbeihilfen nun auch beantragen, wenn sie bereits Ende 2019 in Schwierigkeiten waren, sofern sie sich zum Antragszeitpunkt nicht in einem Insolvenzverfahren befinden oder Rettungs- bzw. Umstrukturierungsbeihilfen erhalten haben.

**Ich / Wir erklären, dass das antragstellende Unternehmen kein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der genannten Regelungen ist.**

**Ich / Wir erklären, dass vorstehende Angaben und Erklärungen richtig und vollständig sind.**

**Mir / Uns ist bekannt, dass die Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass ein Subventionsbetrug strafbar ist.**

**Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, der LNVG unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir / uns diese bekannt werden.**

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers bzw. des/ der Vertretungsberechtigten   Name(n) zusätzlich in Druckbuchstaben und bitte Vertretungsmacht deutlich machen (z.B. durch Zusatz: Geschäftsführer, Prokurist)
------------	--

<sup>7</sup> Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein kleines Unternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 50 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz beziehungsweise Jahresbilanz 10 Mio. EUR nicht übersteigt (Artikel 2 Absatz 2 Anhang I AGVO).

**Sonderomnibusförderung 2021**  
**im Rahmen der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“**  
**Anhang zu Anlage 3 des Förderantrags**

**Bestätigung der Erklärung zu Unternehmensverbindungen durch Steuerberater/ innen und  
Wirtschaftsprüfer/ innen**

**1. Die Bestätigung wird für folgende(n) Antragsteller/ in abgegeben:**

Antragsteller/ in	Datum des Förderantrags
(vollständiger <b>Name</b> inkl. Rechtsform und ggf. Inhaberschaft, z.B. GmbH, e.K.) und <b>Anschrift</b>	

**2. Die Bescheinigung wird ausgestellt von:**

Name, Vorname der/ des Prüfenden	
Qualifikationen (Steuerberater/ in, Wirtschaftsprüfer/ in)	
Ggf. Name der prüfenden Gesellschaft:	
Kontaktadresse(n) (Straße, PLZ, Ort):	
Telefonnummer(n) und E-Mail-Adresse(n):	

**3. Bestätigung:**

**3.1** Nach meiner/ unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse wird hiermit bestätigt, dass das antragstellende Unternehmen mit

- ☐ **keinem weiteren Unternehmen**
- ☐ **den unter Ziffer 2 der Anlage 3 zum Förderantrag (bzw. den in einer separaten Anlage zur Ziffer 2) gelisteten Unternehmen**

ein „verbundenes Unternehmen“ im Sinne von Artikels 3 Absatz 3 des Anhang I zur Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014 (AGVO), bildet und dass die Auflistung vollständig ist.

#### **4. Hinweise**

Sie können dieses Formular verwenden oder die Formulierungen als Muster für einen Text in eigenem Layout bzw. auf einem eigenen Briefbogen verwenden. Die Bestätigung kann mit dem Förderantrag vom Unternehmen abgegeben werden oder separat übermittelt werden. Möglich wäre auch eine Einreichung des Förderantrags über Sie. Das Antragsformular ist mit Unterschrift im Original bei der LNVG einzureichen. Ihre Bestätigung kann postalisch an die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG), Kurt-Schumacher-Straße 5, in 30159 Hannover oder als Scan per E-Mail an Daniel.Goebeke@lnvg.niedersachsen.de übermittelt werden.

#### **5. Raum für Bemerkungen**

**Ich / Wir erklären, dass ich / wir die für meinen / unseren Berufsstand geltenden Sorgfaltspflichten bei der Prüfung beachtet haben und dass nach meiner / unserer Beurteilung die vorstehende Angaben und Erklärungen richtig und vollständig sind.**

**Mir / Uns ist bekannt, dass die Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass ein Subventionsbetrug und die Beihilfe zum Subventionsbetrug strafbar sind.**

Ort, Datum	Unterschrift Prüfende(r)
------------	--------------------------